

„Genau an die Vorgaben gehalten“

Rede von Vize-Kulturstaatsminister Hermann Schäfer beim Konzert „Gedächtnis Buchenwald“ am 25. August 2006 in Weimar (Wortlaut)

Die Eröffnung des „Kunstfests Weimar“ am 25. August d.J. endete mit einem Eklat. Mit „Aufhören“-Rufen zwangen Besucher des Konzerts „Gedächtnis Buchenwald“ Hermann Schäfer, den Leiter der Abteilung Kultur und Medien beim Kulturstaatsminister, zum Abbruch seines Grußwortes. In diesem hatte er fast ausschließlich über Flucht und Vertreibung der Deutschen gesprochen. Der Historiker Schäfer gehört dem Wissenschaftlichen Beirat der vom Bund der Vertriebenen unterhaltenen Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ an. Er war Präsident der Bonner Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ und unter anderem verantwortlich für die Gestaltung der dortigen Ausstellung über Flucht und Vertreibung.

Im Anschluss an seine Rede entbrannte ein heftiger Streit zwischen den Beteiligten. Die Intendantin des Kunstfestes, Nike Wagner, erklärte, der Redner habe den Auftrag für seinen Vortrag umdefiniert und das Thema „auf grausame Weise verfehlt“. Der Direktor der Gedenkstätte Buchenwald, Volkhard Knigge, forderte die Bundesregierung zu einer Klarstellung ihres Geschichtsbildes auf (vgl. auch den Beitrag von Rolf Surmann in diesem Heft). Dagegen betonte Schäfer wiederholt, er habe sich „thematisch genau an die Vorgaben der Leiterin der Festspiele gehalten“. Nike Wagner habe ihn ausdrücklich darum gebeten, bei der Eröffnung über das Thema Flucht und Vertreibung zu sprechen. Schäfer verwies auf das Einladungsschreiben; in diesem hatte es geheißen: „Flucht und Vertreibung – Vertreibung und Vernichtung – markieren auch heute noch die Schicksale von Millionen Menschen. Wir müssen uns weiterhin diesem Thema stellen. Geschichte durchdringt die Gegenwart.“ Auf Nachfrage sei ihm versichert worden, dass es bei der Veranstaltung „Gedenken Buchenwald“ nicht vordergründig um Buchenwald gehe, sondern allgemein um Erinnerungskultur. Sollte dies zu „Missverständnissen“ oder „Unzufriedenheit beim Publikum“ geführt haben, bedauere er dies, habe es „allerdings nicht zu vertreten“. Wir dokumentieren im Folgenden das Manuskript der Rede im Wortlaut. – D. Red.

Sehr geehrte Frau Wagner, meine Damen und Herren,

wir alle wissen, dass zu einem würdigen Leben die Bewahrung der Erinnerung gehört. Elie Wiesel, der den nationalsozialistischen Terror in Auschwitz und Buchenwald am eigenen Leib zu spüren bekam, schreibt in seinem Buch „Chassidische Feier“: „Das Vergessen ist die Wurzel des Exils; die Erinnerung bedeutet Erlösung.“ Ohne Erinnerung, will er uns damit sagen, verliert der Mensch sich selbst.

Das hat in einem ganz positiven Sinne schon Gustave Flaubert festgestellt, als er schrieb: „[S]tets sind Erinnerungen süß, mögen sie gleich traurig oder heiter sein, denn sie gemahnen uns an die Unendlichkeit.“ Sich zu erinnern, ist keine lästige Pflicht, heißt das. Erinnerungen sind für den Menschen so wichtig wie die Luft zum Atmen. Und ohne Erinnerung an die eigene Geschichte gibt es für ein Volk weder Gegenwart noch Zukunft. Das gilt – ganz allgemein – für jedes Volk. Wir Deutschen haben aber über das Allgemeine hinaus eine noch größere Verantwortung. Wenn wir die Erinnerung an die dunklen Jahre der nationalsozialistischen Tyrannei wach halten, so tun wir es nicht allein, um unser Geschichtsbewusstsein zu pflegen, sondern auch und besonders, weil wir den Opfern verpflichtet sind. Wer denken kann, ist sich in Deutschland heute ganz dieser Verantwortung bewusst. Es gibt viele Zeichen, an denen das abzulesen ist. Die heutige Veranstaltung ist ein solches Zeichen. Und ich freue mich deswegen sehr, heute vor Ihnen sprechen zu können.

Und das umso mehr, als das Thema Erinnerung seit langem zu denjenigen gehört, die mich besonders beschäftigen – als Historiker, als Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn und nun auch als Vertreter des Kulturstaatsministers – von dem ich Sie herzlich grüßen soll. Dabei ist mir immer wieder aufgefallen, dass die Deutschen zwar mehr als jedes andere europäische Volk ihre jüngste Geschichte aufgearbeitet haben, dass unser Land aber gleichwohl eher arm an geschichtspolitischen oder über-

haupt die Kultur betreffenden Debatten ist. Ich spreche nicht von den Feuilletons der großen Zeitungen. Dort finden solche Debatten beständig statt. Wenn ich von der Armut an Kulturdebatten spreche, denke ich eher an unsere Parlamente, vor allem natürlich an den Deutschen Bundestag. Besonders das Thema Geschichte war dort bisher kaum Gegenstand von Diskussionen, und wenn, dann oft nur auf brüchigem Fundament, wie zum Beispiel im Fall der Wehrmachtausstellung.

Viele hielten diese Ausstellung für nicht sachgerecht. An ihr entzündete sich ein Disput, der schließlich dazu führte, dass die Ausstellung in ihrer ersten Fassung aufgelöst und völlig neu konzipiert werden musste. Leider sah darin hinterher niemand einen Grund, darüber eine neue Debatte im Bundestag zu führen. Bei anderen Themen wäre eine solche Nachlässigkeit undenkbar. Stellen Sie sich einmal vor, meine Damen und Herren, der Bundestag hätte im Plenum eine Diskussion über Architektur am Beispiel eines Gebäudes geführt, das anschließend wegen baulicher Mängel abgerissen werden musste. Unvorstellbar, dass das Thema dann nicht noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt würde. Bei historischen Themen dagegen sehen unsere Abgeordneten offenbar keine so große Dringlichkeit.

Dass das nicht so sein muss, haben uns unsere französischen Nachbarn vor Augen geführt, als die Abgeordneten der Nationalversammlung so weit gingen, ein einzelnes Buch auf die Tagesordnung zu setzen. Ich erinnere mich noch gut daran, wie die französischen Parlamentarier über das „Schwarzbuch des Kommunismus“ debattierten, das in Frankreich 1997 erschienen ist. Die Diskussion, die anlässlich einer von der damals bürgerlichen Opposition gestellten Anfrage geführt wurde, war hitzig und gewiss nicht immer sachlich. Aber es gab sie zumindest.

Ich will nun jedoch nicht behaupten, dass sich in Deutschland nichts geändert hatte. Schon seit einigen Jahren steht mit dem Thema Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa ein historisches Problem im Mittelpunkt einer Diskussion, an der sich viele Seiten auf breiter Grundlage beteiligen, gerade auch Politiker aller Parteien. Ich bin froh, dass wir heute in der Lage sind, über ein solch sensibles Thema unserer jüngsten Vergangenheit weitgehend sachlich und unaufgeregt zu sprechen. Das ist dem Thema auch deswegen angemessen, weil es zugleich immer unsere Nachbarländer in Ostmitteleuropa betrifft.

Als wir im Bonner Haus der Geschichte die Ausstellung „Flucht. Vertreibung. Integration“ konzipierten, konnten und wollten wir diesen Fragen nicht ausweichen. Ich bin dabei zu dem Schluss gekommen, dass wirkliche Annäherung an das Chaos und das Leid, das mit Flucht und Vertreibung einherging, erst möglich wird, wenn wir uns Einzelschicksale ansehen. Dem haben wir in der Ausstellung Rechnung getragen: Zum einen durch eine Serie von gefilmten Zeitzeugeninterviews, die in unterschiedlichen Ausstellungsabschnitten präsentiert werden, und zum anderen durch die Lebensberichte von Zeitzeugen, die wir für unsere bereits erwähnten „Lebenswege“ erhoben haben.

Hier zeigt sich, welchen Reifegrad wir Deutschen erreicht haben, wenn es um das Problem historischer Erinnerung geht. Dass Erinnerung durchaus nicht einfach ist, wird dabei schon aus praktischen Gründen ganz augenfällig. Was sagt die Zahl von zwölf bis vierzehn Millionen deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen aus? Hilft sie uns das damalige Geschehen zu begreifen? Kann es überhaupt Empathie und Mitgefühl mit Millionen von Menschen geben oder übersteigt dies unsere Vorstellungskraft? Wer sich mit diesem dunklen Kapitel der europäischen Geschichte auseinandersetzt, muss sich diesen Fragen stellen.

Diese beiden biographischen Grundlinien erleichtern nicht nur die Orientierung in der Ausstellung, sie sind ein zusätzliches Angebot zur Auseinandersetzung mit dem Thema. Sie dienen der Kommunikation der Besucher untereinander und ziehen die Besucher im besten Sinne des Wortes in Mitleidenschaft.

Wir wollten, dass die Besucher mitleiden, weil die Deutschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten oder vertrieben wurden, Opfer waren. Meine Damen und Herren, es ist keine Erinnerungstäuschung und keine Umdeutung von Geschichte, wenn wir feststellen, dass die deutschen Vertriebenen Opfer waren. Sie waren es, und 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs können wir es offen und ohne Scheu sagen. Wir können es sagen, weil wir das Leid der anderen nicht vergessen.

Im vereinten Europa besteht kein Zweifel mehr daran, dass niemand eine unhistorische und zudem unredliche Aufrechnung von Verlustzahlen anstrebt. Niemand kann leugnen, dass der von Hitler entfesselte Krieg nach dem anfänglichen Siegeslauf der Wehrmacht mit brutaler Konsequenz auf die Deutschen zurückschlug. Ohne den Waffengang, der von deutscher Seite vor allem im Osten als Rassen- und Vernichtungskrieg geführt worden war, wäre es nicht zu millionenfacher Flucht und Vertreibung gekommen. Der Zweite Weltkrieg und die nationalsozialistischen Verbrechen waren unmittelbarer Anlass für die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten.

Wenn wir Deutschen uns an das furchtbare Schicksal unserer Vertriebenen erinnern, dann ist es unverzichtbar, dass wir dabei immer klar machen, dass ihr Los nichts Singuläres in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts war. Das ist der Gedanke, der der im Haus der Geschichte konzipierten Ausstellung zugrunde liegt und übrigens auch der Ausstellung „Erzwungene Wege“, die der Bund der Vertriebenen zurzeit im Berliner Kronprinzenpalais zeigt. Darüber hinaus wird dieses Motiv die Bundesregierung bei ihrem Vorhaben leiten, in der Hauptstadt im Rahmen des „Europäischen Netzwerkes Solidarität“ ein „Sichtbares Zeichen“ zur Erinnerung und zur Achtung von Vertreibungen zu setzen.

Die Ausstellung des Hauses der Geschichte soll dabei das Herzstück bilden; dort fehlende, doch in der Ausstellung des Bundes der Vertriebenen ergänzend dargestellte Themen werden geprüft und gegebenenfalls hinzugefügt. Wichtig ist, dass die europäische Perspektive hinreichend deutlich wird. Wir müssen uns als Deutsche und als Europäer erinnern, am besten erinnern wir uns gemeinsam.

Oft werden wir durch einen größeren Kontext sogar erst angeregt, uns an Dinge zu erinnern, die zum Teil zumindest verschüttet zu sein schienen. So ist auch die internationale Perspektive für die neue Aktualität des Themas in Deutschland verantwortlich. Flucht und Vertreibung im implodierenden Jugoslawien zu Beginn der 1990er Jahre haben viele Menschen in Deutschland an ihr persönliches Schicksal oder an das Schicksal ihrer Vorfahren erinnert. Dieser äußere Impuls war von großer Bedeutung, um Flucht und Vertreibung hierzulande wieder auf der Tagesordnung nach vorn zu rücken.

Es ist aber nicht richtig, dass das Thema irgendwann in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gesellschaftlich beschwiegen worden wäre. Richtig ist vielmehr, dass diese Themen uns wie Wellen begegnen. Die Wiederentdeckung von Flucht und Vertreibung ist demnach eher eine neue – freilich aus vielen Gründen besonders hohe – Welle als wirkliche Neuerung. Wie alle Themen in einer pluralistischen Gesellschaft unterliegen auch Flucht und Vertreibung Aufmerksamkeitszyklen, die weniger mit bewussten Manipulationen als mit öffentlichen Konjunkturen zu tun haben. Historische Erinnerung ist deshalb niemals gleichförmig und konstant. Zu jeder Zeit gibt es bestimmte Themen, die die Erinnerungskultur einer Gesellschaft besonders prägen. Dass sich Themen gegenseitig ablösen, heißt jedoch nicht, dass es nicht etwas geben kann, das die Erinnerungskultur eines Landes dauerhaft prägt. Im Falle Deutschlands ist das unzweifelhaft die Erinnerung an die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten und an die von ihnen verübten Verbrechen.

Wie ich schon eingangs angedeutet habe, erinnert auch die heutige Veranstaltung daran. Ich habe mir sagen lassen, dass das „pelerinages Kunstfest Weimar“ jedes Jahr mit dem Konzert „Gedächtnis Weimar“ eröffnet wird, und dass das auch immer so bleiben soll. Ich halte das für eine sehr geglückte Verbindung, denn durch die feierliche Gesinnung vor dem freudigen Ereignis des Kunstfestes gelingt es, daran zu erinnern, dass die hellen und dunklen Seiten der deutschen Geschichte miteinander verbunden sind. „Drittes Reich“ und Holocaust gehören zum festen Bestand der deutschen Erinnerungskultur. Die Erinnerung an sie ist Teil unserer Identität. Seit der Wiedervereinigung ist neben diese Erinnerung das Gedenken an die Opfer des SED-Regimes getreten. Auch sie dürfen wir nicht vergessen. Auch das ihnen zugefügte Leid müssen wir im kollektiven Gedächtnis bewahren. Wie im Fall des Hitlerreiches muss auch im Hinblick auf die DDR Unrecht genannt werden, was Unrecht war. Das sind wir nicht nur den Opfern schuldig, sondern auch unserem eigenen Geschichtsbewusstsein. Wir sind verpflichtet, es zu pflegen, weil wir sonst unsere Identität verlieren.

Zur Pflege unseres Geschichtsbewusstseins gehört es übrigens auch, an die weißen Traditionslinien unserer Vergangenheit zu erinnern. Bisher habe ich nur über die schwarzen

Linien gesprochen. Aber gerade an diesem Ort kommen uns allen einige der hellen Seiten unserer Geschichte in den Sinn. Denn Weimar erinnert uns nicht nur an unsere größten literarischen Klassiker, an Goethe und Schiller, sondern auch an unsere erste Demokratie. Dass die Weimarer Republik scheiterte, entwertet diesen ersten Versuch einer freiheitlichen Demokratie in Deutschland nicht. Er gehört zu den Sternstunden unserer Geschichte und muss uns im Gedächtnis bleiben, wenn wir unsere Identität bewahren wollen.

Verstehen Sie mich recht, meine Damen und Herren: Ich sage nicht, dass es Aufgabe einer staatlichen Pflege des Geschichtsbewusstseins ist, eine stromlinienförmige Identität zu erzeugen. Das wollen nur totalitäre Regime erreichen. In einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft kann die Aufgabe von Gedenkstätten und Museen, aber auch des Geschichtsunterrichts, nur darin bestehen, zum Nachdenken über Identität und Geschichte anzuregen. So habe ich als Präsident der Stiftung Haus der Geschichte den Auftrag des Historikers und den des Museumsdirektors verstanden. Denn es ist verfehlt, wenn ein Museum die Wahrheit verkünden soll. Zum einen ist es dem Menschen nicht gegeben, die Wahrheit zu erkennen. Die Suche nach der Wahrheit ist eine Frage des Theologen oder des Philosophen, nicht des Historikers. Und zum anderen ist auch die historische Wirklichkeit dem Historiker niemals in ihrer Gesamtheit zugänglich.

Eine historische Ausstellung, die keinen Raum für Gegenpositionen oder auch nur andere Facetten der Wirklichkeit lässt, wird deshalb ihrem Auftrag nicht gerecht. Außerdem tötet sie die Bereitschaft der Besucher, sich auf die präsentierten Themen einzulassen. Historiker wissen, dass für ein und denselben Sachverhalt oft mehrere Interpretationen oder Perspektiven existieren. Damit muss nicht nur der Historiker zurechtkommen, sondern jeder, der sich an Geschichte erinnert.

Gerade in Deutschland als einer ehemals geteilten Nation haben wir mit dem zu tun, was man geteilte Erinnerung nennt. Damit kann zum einen gemeint sein, dass Menschen in verschiedenen Lebensumfeldern sich eine Erinnerung teilen, dass sie sie also gemeinsam haben. Damit kann aber auch gemeint sein – und darauf hebe ich hier ab – dass die Erinnerung an bestimmte Kapitel der Vergangenheit bei unterschiedlichen Personen eine jeweils andere ist. Dass Deutsche in Ost und West die Jahrzehnte zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Zusammenbruch des SED-Regimes jeweils anders in Erinnerung haben, ist vollkommen klar. Sie befanden sich in unterschiedlichen Lebenswelten und können nicht die gleichen Erinnerungen haben. Nicht nur, weil sie jeweils andere Dinge erlebt haben, sondern auch, weil unsere Erinnerung immer auch durch den Kontext geprägt ist, in dem sich erinnert wird.

Geteilte Erinnerung gibt es aber auch bei Menschen innerhalb ein und derselben Gesellschaft. Nicht jeder mag sich mit allen Fakten betasten. Historiker und andere Zeitgenossen, die sich erinnern, neigen mitunter dazu, alles zu unterdrücken, was nicht in ihr Weltbild passt. Und dann ist es nicht mehr weit zu dem Punkt, an dem Ereignisse und Umstände der Vergangenheit, die sich eigentlich ähnlich sind, mit zweierlei Maß gemessen werden. Lassen Sie mich Ihnen das an einem aktuellen Beispiel verdeutlichen. Einige von Ihnen haben vielleicht schon erraten, meine Damen und Herren, dass ich vom Fall Günter Grass spreche.

Mich erstaunt nicht, dass Grass sich als junger Mensch freiwillig zur Wehrmacht gemeldet hat und in der SS gelandet ist. Das haben viele andere auch. Auch wundert es mich wenig, dass er ein begeisterter Anhänger eines totalitären Regimes war. Wie viele andere Jugendliche wurde auch er verführt. Was viele aber tatsächlich so schockiert, ist, dass er sich jahrzehntelang nicht an ein wichtiges Detail seiner Vergangenheit erinnerte, während er andere moralisch verurteilte, die sich ähnliche Dinge hatten zu Schulden kommen lassen.

Noch heute bezeichnet er Kurt-Georg Kiesinger als – ich zitiere – „Obernazi“, weil der spätere Bundeskanzler als junger Mann in die NSDAP eingetreten war. In der Zeitgeschichtsforschung ist heute nicht mehr umstritten, dass Kiesinger ein Mitläufer war, der aus Karrieregründen in die Partei eintrat, ohne die nationalsozialistische Ideologie zu teilen. Das ist gewiss zu kritisieren. Aber muss man es heftiger kritisieren, als einen Jugendlichen, der begeistert vom Nationalsozialismus, zum SS-Mann wurde?

Günter Grass meinte ja. Und er konnte es so darstellen, weil er einen Teil der eigenen Erinnerung ausblendete, weil er seine Erinnerung nicht zuließ. Und ich glaube fast, er hat sich

dieser Erinnerung nicht so sehr aus Furcht davor verweigert, moralisch verurteilt zu werden. Er hat sich ihr verweigert, weil er wohl ahnte, dass er seine ganze Existenz als Schriftsteller in Frage stellen würde. Das hat er nun getan. Natürlich bleibt sein großes literarisches Werk, was es ist. Aber die moralische Autorität, die er – zu Recht oder zu Unrecht – für sich in Anspruch genommen hat, ist beschädigt. Interessant daran ist übrigens, dass er diesen Umstand selbst offenbar gar nicht so empfindet. Das gelingt ihm nur, weil er mit zweierlei Maß misst. Jetzt, wo er sein Geheimnis offenbart hat, kann er nur dadurch sein eigenes Tun rechtfertigen. Nur so kann er sich seiner Erinnerung stellen. Er muss die Erinnerung teilen: Während ihm die Verfehlungen anderer Menschen in seiner Erinnerung unverzeihlich erscheinen, sieht er die eigene Haltung als lässliche Sünde an.

Meine Damen und Herren, der Fall Grass zeigt aus meiner Sicht eine große Gefahr jeder historischen Erinnerung – die Neigung des Menschen, unangenehme Erinnerungen zu verdrängen oder, wenn sie offenbar geworden sind, sie zu relativieren. Das ist nicht nur ein Problem von Einzelpersonen, sondern auch eine Schwierigkeit, mit der jeder zu tun hat, der sich beruflich mit der Geschichte befasst, ob nun als Forscher, Lehrer oder Museumsfachmann. Damit ist es auch ein Problem der Geschichtspolitik einer jeden freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Denn der Staat einer solchen Gesellschaft muss ein Geschichtsbild favorisieren, das einerseits offen ist für verschiedene Interpretationen und Gewichtungen, das andererseits aber auch Orientierung und einen gerechten Maßstab bietet. Das mag kompliziert klingen und manchmal vielleicht ein schwieriger Spagat sein. Aber dass Erinnerung, historische Forschung und Ausstellung von Geschichte schwierig sind, heißt nicht, dass wir etwa ganz darauf verzichten sollten. Im Gegenteil: Erinnerung muss sein. Sonst verlören wir unsere Geschichte.

Und eines ist doch sonnenklar, meine Damen und Herren: Kultur ohne Geschichte ist undenkbar. Denn Geschichte ist, wie der große niederländische Historiker Johan Huizinga gesagt hat, die geistige Form, in der sich eine Kultur über ihre Vergangenheit Rechenschaft gibt. Eine Kultur der Geschichtsvergessenheit aber wird kaum zu einer Lebensweise in Würde und Freiheit beitragen. Geschichte ist immer auch Entstehungsgeschichte der Gegenwart. Ein Staat, der geschichtslos lebt, wird kontinuierlich versuchen, sich zu emanzipieren, aber er wird gar nicht wissen, wovon. Ihm fehlt die Grundlage für eine vernünftige Zukunft. In einer Zeit der weltanschaulichen Beliebigkeit ist die Geschichte vielleicht die einzige Instanz, die uns vor uns selbst bewahren kann. Kultur beginnt im Bewusstsein. Ohne Erinnerung bleibt sie substanzlos und löst sich auf. Und ich bin davon überzeugt: Kultur beginnt im Kopf, genauer gesagt mit der Erinnerung.

Glaube, Vernunft und Universität

Rede von Papst Benedikt XVI. an der Universität Regensburg vom 12.9.2006 (Auszüge)

Für eine knappe Woche, vom 9. bis 14. September d.J., besuchte Papst Benedikt XVI. seine bayerische Heimat. Obwohl in erster Linie als privater Abschiedsbesuch annonciert, stand die Reise unter dem päpstlichen Postulat einer Rückkehr zu Gott und zum christlichen Glauben. Die politisch-konzeptionell am weitesten gehende Rede hielt der Papst an der Universität Regensburg, wo er zuletzt gelehrt hatte.

In dieser Rede verfolgt er eine doppelte Strategie der Abgrenzung – sowohl vom Islam als auch von der säkularen Gesellschaft. Einerseits unterscheidet er den christlichen Glauben, der im Einklang mit der griechischen Vernunfttradition stehe, strikt von der angeblich reinen Transzendenz Gottes im Islam. Dadurch begründe sich die gegensätzliche Haltung zum Dschihad, zum heiligen Krieg. Auf der anderen Seite werde, in Abgrenzung vom Säkularismus, ein echter Dialog der Kulturen und Religion erst dann möglich sein, wenn der Westen den „Ausschluss des Göttlichen aus der Universalität der Vernunft“ beendet und zu einem christlichen Vernunftverständnis zurückfindet. Wir dokumentieren wesentliche Auszüge der Rede. – D. Red.